

Antrag

der AfD-Fraktion

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

Wirtschafts- und Energiekrise in Brandenburg

Begründung:

Gas und Strom werden immer teurer und für viele Brandenburger unbezahlbar; hinzu kommen steigende Preise für Lebensmittel und Treibstoff. Im Winter drohen den Bürgern kalte Wohnungen, dunkle Straßen, Versorgungsmängel und ein wirtschaftlicher Einbruch, wie ihn Deutschland seit der Nachkriegszeit nicht erlebt hat.

All das ist nicht die Folge eines Naturereignisses oder des Krieges in der Ukraine, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen, die offensichtlich in einem scharfen Gegensatz zu den Bedürfnissen der Brandenburger Bevölkerung stehen. Ob Energiewende (seit 2011), Grenzöffnung (seit 2015) oder Corona (seit 2020): die negativen Folgen der universalistischen Politikziele werden für die einheimische Bevölkerung immer spürbarer.

Die Bundesregierung hat das mittlerweile dritte Maßnahmenpaket beschlossen, gleichzeitig aber durch die Einführung der Gasumlage neue Belastungen für die Bürger zugunsten der Energiekonzerne eingeführt. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung diejenigen bei ihren Maßnahmen weitgehend unberücksichtigt lässt, die das Land am Laufen halten.

Die Aktuelle Stunde soll dazu dienen, die Möglichkeiten des Landes Brandenburg, für die Handwerker, die Unternehmer, den Mittelstand aber auch viele Arbeitnehmer, nicht zuletzt die Pendler, kurzfristige und vom Umfang her angemessene Hilfen zu organisieren, damit diese über den Winter kommen.